

Kommunale Pflege

VdK: Städte und Gemeinde sollten, ähnlich wie in Dänemark, eine größere Rolle bei der Pflegeversorgung spielen. [Seite 2](#)

Zukunft der stationären Pflege

Die Eckpunkte des Zukunftspakts Pflege markieren für die stationäre Pflege einen tiefgreifenden Rollenwandel. [Seite 7](#)

Leistungsabgrenzung

Wie lässt sich Fürsorge leben, ohne dass der wirtschaftliche Rahmen verloren geht? Igor Savitzky gibt Antworten. [Seite 10](#)

Ausgabe 1 | 2.1.2026
H 46794 | 28. Jahrgang
carekonkret-digital.net

Klartext in der Pflege-Dokumentation

Nach rund einem Jahr zieht das bayerische Gesundheitsministerium eine positive Bilanz zur „Initiative Klartext Pflegedokumentation“. Das Ziel: weniger Bürokratie durch Aufklärung über verbreitete Irrtümer bei der Pflegedokumentation. Laut dem Ministerium habe die Online-Veranstaltungsreihe zum Abbau von Bürokratie beigetragen und damit Pflegekräfte entlastet. „Wir konnten durch die Informations-Veranstaltungsreihe wertvolle Hinweise zur Pflegedokumentation geben und haben viele positive Rückmeldungen erhalten“, wird Gesundheitsministerin Judith Gerlach zitiert.

Hinter der „Initiative Klartext Pflegedokumentation“ steht ein Zusammenschluss aus dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention, dem Bayerischen Landesamt für Pflege sowie Vertretern der Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht und dem Medizinischen Dienst Bayern. Die Initiative startete im August 2024.

Von Oktober 2024 bis Juli 2025 fanden monatliche Online-Veranstaltungen statt, in denen über zehn „Mythen“ der Pflegedokumentation aufgeklärt wurde. Pro Veranstaltung nahmen durchschnittlich 145 Pflegekräfte teil – überwiegend aus der stationären Langzeitpflege. (ck)



Foto: VdSP

9 MILLIARDEN-PROGRAMM FÜR DIGITALISIERUNG DER PFLEGE

Der Verband für digitale Standards in der Pflege (VdSP) hat kürzlich ein Forderungsschreiben an die Pflegebeauftragte der Bundesregierung, Katrin Staffler (MdB), übergeben. Die Verbandsvorstände Andreas Fischer (rechts) und Carsten Steinhoff überreichten das Dokument persönlich. Der Verband fordert ein gezieltes Investitionsprogramm unter dem Namen „Pflege-Digital-Booster“ in Höhe von 9 Milliarden Euro. Die Mittel sollen laut VdSP aus dem Sondervermögen des Bundes stammen. Ziel sei es, die Pflege als Rückgrat des Gesundheitswesens strukturell und digital zu stärken. (ck)

BEEP: Der Weg ist frei

Nach wochenlangem Ringen haben Bundestag und Bundesrat dem im Vermittlungsausschuss ausgehandelten Kompromiss für das Pflegekompetenzgesetz zugestimmt. Damit kann es wie geplant zum Jahreswechsel in Kraft treten.

Bundestag und Bundesrat haben dem Kompromiss für das Pflegekompetenzgesetz (BEEP) am 19. Dezember zugestimmt. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2026 (nach Redaktionsschluss) in Kraft treten. Ausgangspunkt des Vermittlungsverfahrens war nicht die Pflege selbst, sondern ein Streit um Klinikvergütungen. Der Bundesrat hatte den Vermittlungsausschuss am 21. November angerufen, nachdem kurzfristig eine Aussetzung der sogenannten Meistbegünstigungsklausel für 2026 in das Gesetz aufgenommen worden war. Dadurch sollten Einsparungen von rund 1,8 Milliarden Euro bei den gesetzlichen Krankenkassen erzielt werden – nach Auffassung der Länder zulasten der Krankenhäuser.

Der nun gefundene Kompromiss begrenzt diese Einsparwirkungen zeitlich. Die Meistbegünstigungsklausel bleibt zwar 2026 ausgesetzt, gleichzeitig soll bei der Festlegung des Landesbasisfallwertes für 2027 ein um 1,14 Prozent erhöhter Wert für 2026 zugrunde gelegt werden. So sollen negative Effekte für die Krankenhausfinanzierung in den Folgejahren vermieden werden. Thüringens Gesundheitsministerin Katharina Schenk verteidigte das Einschalten des Vermittlungsausschusses: „Es war die richtige Entscheidung.“ Mit der nun gefundenen Lösung sei „der größte Schaden für die Kliniken nun abgewendet“. Vor allem aber rücke mit der Einigung die Pflege in den Mittelpunkt, betonte sie. „Mit der Ei-

nigung ist nun auch der Weg frei für das Pflegekompetenzgesetz, das mehr Verantwortung, mehr Entlastung und mehr Attraktivität für Pflegefachkräfte schaffen soll.“

Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) sprach von einem wichtigen Signal für Stabilität im Gesundheitssystem. Ziel sei es gewesen, steigende Beiträge zu begrenzen, ohne notwendige Reformen in der Versorgung auszubremsen. Aus der Pflege selbst kommen überwiegend positive Reaktionen. Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegeverbands, bezeichnete den Beschluss als Meilenstein und als klares Signal, dass die fachliche Rolle der Pflege ernst genommen werde. Zugleich mahnte sie eine zügige und verbindliche Umsetzung an.

Der Bundesverband Ambulante Dienste und Stationäre Einrichtungen (bad) hält das Gesetz für unzureichend: Die angekündigte Stärkung der Pflegefachkräfte bleibe halbherzig, da Kompetenzerweiterungen nur vage vorgesehen und konkrete eigenverantwortliche Leistungen verlagt seien. Auch eine echte Entbürokratisierung fehle, weil der Dokumentationsaufwand kaum sinke. Positiv bewertet der Verband lediglich erste Ansätze bei Tariffragen und der Vermeidung von Doppelprüfungen. Insgesamt sieht der bad das BEEP nur als Zwischenstufe und fordert zügige, weitergehende Reformen der Pflege.

Auch auf Länderebene wird der Fokus auf die Pflege betont. Der niedersächsische Gesundheitsminister Andreas Philippi (SPD) sprach von einem Gesetz, das „deutlich zeigt, was politischer Gestaltungswille erreichen kann“. Es stärke Pflegefachpersonen, indem sie bestimmte bislang ärztlich delegierte Leistungen eigenverantwortlich erbringen könnten. „Das ist ein Versprechen: Wir lassen die Pflege nicht allein“, sagte Philippi. (ck)

Bund-Länder: Merz kritisiert Ergebnisse

Bundeskanzler Friedrich Merz sieht noch großen Klärungsbedarf für eine vorgesehene Reform der Pflegeversicherung. Eine dazu eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe habe ihre Arbeit beendet, sagte der CDU-Politiker bei der Regierungsbefragung im Bundestag Mitte Dezember und fügte hinzu: „Ich will aus meiner Sicht sagen: mit einem nicht befriedigenden Ergebnis.“ Dies reiche nicht aus, um die Pflegeversicherung auf Dauer zukunftsfähig zu gestalten. Merz: „Wir werden im neuen Jahr über die Zukunft der Pflegeversicherung ausführlich zu beraten haben.“ Vorerst sei über Darlehen Geld zur Verfügung gestellt worden, damit sie zahlungsfähig bleibe. Die Botschaft, die er geben wolle, laute: „Die Menschen, die in Deutschland pflegebedürftig werden, müssen sich auf die Solidarität unseres Sozialstaates auch in Zukunft verlassen können.“ Er wolle eine Reform sehen, die auch dem Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben im Alter gerecht werde. Gesundheitsministerin Nina Warken hatte die Vorschläge eine gute Grundlage für weitere Beratungen genannt. (dpa)

„Es war die richtige Entscheidung, den Vermittlungsausschuss anzurufen.“

Thüringens Gesundheitsministerin
Katharina Schenk
Foto: TMSGAF/Paul-Philipp Braun